

den, die Schüler in den Gymnasien außer Rand und Band. Sie wählen Schülerräte, die zu beschließen haben, daß weniger zu arbeiten ist und begreifen mehr. In einer Oberklasse haben sie einen mitleidigen Lehrer angefordert, die Klasse zu verlassen, woraufhin sie selbst gehen würden. Darauf ist der Lehrer gegangen. Auch in der Oberstufe ist bereits ein Schülerrat gewählt worden.

Polnische Aufbegehren in Oberösterreich

Breslau, 3. Dez. Aus Oberösterreich wird gemeldet: In großpolnischen Kreisen wird insofern die Stimmung gemacht, nach dem 3. Dezember, dem Tag der Wahlen zum sogenannten Obersten polnischen Teilzeitrat, einen Sonderstreik auf Oberösterreich zu erklären. Es sind, wie wir von hundert Seite erfahren, alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen, um etwaige Aufbegehren im Reine zu erledigen.

Was die A- und S-Männer in der Provinz Polen betrifft, so kann man allgemein beobachten, daß die Polen zu meist politisch gebildete Männer, ihre Interessen und Rechte, die in der polnischen Bewegung eine führende Rolle spielen, in diese Körperschaften hineingebracht haben. So bringen sie es zuwege, daß in den Arbeiter- und Soldatenräten die Macht ausschließlich zu Gunsten des Volentums ausgeübt wird. Die Polen rechnen auf die Abtrennung der ganzen Provinz Polen, von Teilen Westpreußens mit Ostgalizien und von ganz Oberösterreich bis Oppeln mit allen Gebieten östlich der Linie Oppeln-Trachenberg. Daß dabei ein rein deutsches Land mit gänzlich unerschöpflicher Bevölkerung zu Polen kommen würde, läßt sie nicht im mindesten.

Kämpfe zwischen Deutschen und Tschechen

Wien, 2. Dez. Die Wälder neben aus Budapest: Gestern abend wurde der um 9 Uhr abends von Marzegg abgegangene Personenzug bei Nordorf zwischen Preßburg und Marzegg von Tschechen angehalten, die den Zug ausrauben wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Madeniens war gerade eingeladen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben.

Wilson über den Frieden.

Friedensschluß im Frühjahr. — Die Wiederherstellung Nordfrankreichs und Belgiens. — Die Republikaner gegen Wilsons Europareise.

Washington, 2. Dez. In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Rede, daß er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde.

Wir sind im Begriff, den Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu sichern und zu organisieren. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht nur die häusliche Sicherheit. In dem Augenblick, wo wir wissen, daß der Waffenstillstand unterzeichnet war, legten wir die Hände auf die Waage. Die Republikaner, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte, sind wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Es war jedoch noch nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu befestigen, weil die Welt nicht immer aus unseren Getreidefeldern ernährt werden muß. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs lagte Wilson: Keine noch so große Entschädigungsumme würde allein genügen, um diese Länder aus Jahre hinaus vor hoffnungslosem Nacheil zu bewahren. Sie dürfen nicht den Zufälligkeiten einer lokalen Konkurrenz preisgegeben werden. Jemand einer Stelle, wie z. B. dem Kriegshandlung, muß das Recht gewährt werden, die Vorkriegsbehandlung zu gunsten ihrer Bevölkerung einzuräumen.

Als Präsident Wilson diese Ansicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und republikanischen Führer. Die Republikaner verhielten sich schweigend.

Nach der Verlesung der Resolution wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben lehnte der Republikaner Rodenberg ab, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Resolution wurde einer Kommission übergeben.

Kein Diktatorfrieden wenn...

Genf, 3. Dez. Herold meldet aus Rom: Auf eine Anfrage mehrerer Senatoren erwiderte Lansing: Es findet keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Aussprache statt. Voraussetzung hierfür ist, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte deutsche Regierung vorhanden ist.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Preßburg und den Alliierten. Basel, 3. Dez. Die amerikanischen Wälder berichten, daß zwischen Preßburg und den Alliierten große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man erwartet deshalb, daß die Friedensverhandlungen einen höchst stürmischen Verlauf nehmen werden.

Der Korrespondent der „Morningpost“ in Washington meldet, daß außer der Frage über die Errichtung eines Völkerbundes und Freiheit der Meere, über die eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen dem Präsidenten Wilson und den Alliierten entstehen werde, auch die Kaiserfrage zur Diskussion kommen werde. Lord George und Clemenceau haben erklärt, daß der Kaiser und andere Vertreter Deutschlands bestraft werden müssen. Wilson hat dagegen wiederholt ausgesprochen, daß Milde am Platze sei.

Wilson für deutschen Kolonialbesitz?

Wie der holländische Gewerksmann der „Magd. Jg.“ von bestimmter Seite erfährt, beabsichtigt Wilson, trotz aller Schwierigkeiten, auf die er im Erkenntnis liegt, auf der Friedenskonferenz mit Nordrad dafür einzutreten, daß Deutschland in Afrika Kolonialbesitz erhält. Sein Plan soll dahin gehen, den afrikanischen Kontinent in Interessensphären zwischen England, Frankreich und Deutschland aufzuteilen. Wilson hoffe, auf diese Weise Afrika als Streitobjekt

unter den europäischen Großmächten ein für allemal zu befestigen und verspreche sich davon nicht wenig für die Dauer und die Festigung des Weltfriedens und Völkerbundes.

Der Schaden der belgischen Industrie.

Brüssel, 3. Dez. Savas, Der Hauptausfluß für die Industrie läßt den durch den Krieg verursachten Schaden der belgischen Industrie auf Grund einer ersten Untersuchung auf 65660 Millionen Franken.

Vertagung des Gouvernements Rats.

Röln, 3. Dez. Das Gouvernements Rats ist nach Klappenburg in Döberitz verlegt. Die Geschäft des Gouvernementsrats hat bis auf weiteres der deutsche Generalschloßoffizier im Vizepräsident Rats übernommen.

Berlin, 3. Dez. Für morgen vormittag ist auf Anordnung des Marschalls Foch der Direktor des Verkehrsministeriums in Rats zu einer Sitzung eingeladen worden, um über den gesamten Verkehrsbedarf in dem von den Alliierten besetzten Gebieten und über die damit zusammenhängenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen.

Der Abschied des Kronprinzen von seiner Armee.

Wie die bisherige Armeegruppe des deutschen Kronprinzen mitteilt, hat sich der Kronprinz von seinen Truppen folgendemachen verabschiedet:

Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Beschäftigung der Waffen, nun, da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht befreit. Sinner und bitteres Wort haben uns genugung, Guts und hoch erhabenen Hauptes hat meine Heeresgruppe dem mit dem besten deutschen Volk erkrankten Völkern verlassen. Ihr Schild, ihre Soldaten sind in Frieden und rein. Erklärte ich heute von ihnen und neue mich vor der gewöhnlichen Größe ihrer Taten, die die Geschichte nicht in kommenden Worten den kommenden Geschlechtern finden wird. Nun steht zu euren Füßern denn wie bisher, bis ihre Befehle auch freigen können für Weib und Kind, für Heimat und Herd. Gott mit Euch und unserm common Vaterland.

Die Rolle des Kronprinzen Rupprecht.

Der „Vorw.“ konstatiert aus allerlei herumschweifenden Gerüchten eine Geschichte über die militärische und politische Stellungnahme des Kronprinzen Rupprecht.

Danach trat der Kronprinz nach der zweiten Sommerkämpfe 1916 entschieden für einen Friedensschluß ein, da, wie er äußerte, der beste Erfolg für uns wäre, wenn der Krieg wie das Hornberger Schießen ausginge. Ebenso bestimmlert er in den ersten Monaten von 1918 nach dem Freiwerden weiterer Truppen im Osten die Einsetzung eines Friedens, und zwar in einer Denkschrift an den Reichskanzler und einer Resolution an den Kaiser. Die Unterwerfung erfolgte auf dem Linwege über die Oberste Heeresleitung.

Der Kronprinz stand auch mondmal militärisch im Gegensatz zur Obersten Heeresleitung, besonders zu Ludendorff. Nach der Vorkriegs-Schlacht soll er dem Generalstabschef von Moltke dringend nahegelegt haben, sich in Vorkriegs auf die Defensive zu beschränken. Als im letzten Frühjahr der Kronprinz bei dem Vorkriegs gegen Amiens vor der Vorkriegs des Durchbruchs, mit dessen Gelingen er bestimmt rechnete und rechnen konnte, stand, habe Ludendorff die Einstellung des Vorkriegs und das Wiedereingreifen der Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen befohlen. Die Gründe hierzu waren unklar. Man sprach davon, daß Ludendorff die Fäden allein in der Hand behalten wollte, was durch das Operieren zweier Heeresgruppen sich eher ermöglichen ließ.

Es kam zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff zu harten Räumungen, und vom Sommer an waren alle Beziehungen zwischen ihnen abgebrochen. Nach in den letzten Kriegstagen habe Kronprinz Rupprecht es durchgesehen, daß man von der Idee Abstand nahm, mit neuen Fronten, von denen jeder Pfleger mehrere tausend Soldat mit sich führen konnte, Paris vor dem Waffenstillstand zu beschützen und wenigstens ein Viertel in Brand zu setzen.

(Wir liefern dahingestellt, wie weit die Behauptungen des bayerischen Wälders der Wahrheit entsprechen.)

Hindenburg über die A- und S-Männer.

Hindenburg hat an die Feldherrn, Generalkommandos ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt:

Nachdem die Delegierten der Bundesräte den Beschluß gefaßt haben, daß bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die A- und S-Männer als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien, weise ich darauf hin, daß Konflikte mit ihnen zu vermeiden sind. Festnahme von Persönlichkeiten, die den A- und S-Männern angehören, durch die Kommandobehörden und Truppen sind strengstens verboten, auch wenn einzelne Mitglieder der Mä in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommandobehörden für die Wäführung des Heeres eingreifen. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwarte werden, daß von den Truppen des Feldheeres unter Berücksichtigung der Gesamtlage nichts unternommen wird, was es erlaubt, unter der Wäführung herbeizuführen kann. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen.

Madeniens Heimkehr ermöglicht.

Berlin, 3. Dez. Das Auswärtige Amt teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen in Spa über die Frage des Heimmarsches der Armee Madeniens durch Ungarn besteht die begründete Hoffnung, daß die Armee nicht interniert wird und ihren Heimmarsch fortsetzen kann.

Unsere Gefangenen.

Eine Bitte der deutschen Regierung an die Entente.

An die schweizerische Gesandtschaft in Berlin ist nachfolgende Verbalnote gerichtet worden:

Das Auswärtige Amt bittet die schweizerische Gesandtschaft, durch die schweizerischen Gesandtschaften in London und Paris die der britischen und französischen Regierung auf die Annahme der nachfolgenden Vorschläge mit humanitärer Bestimmung wirken zu lassen:

1. Sofortige Aufnahme der in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Erfassung der deutschen Gefangenen.
2. Ermächtigung für die Vertreter der Schmachts und der

amerikanischen Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen in Operationsgebieten zu besuchen und zu unterstützen.

3. Zulassung des freien Kaufens von Lebensmitteln für die Gefangenen. Da infolge der Waffenstillstandsbedingungen mit Hungertod und schweren Verletzungen in Deutschland gerechnet werden muß, ist die schon bisher beschränkte Möglichkeit, die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten von Deutschland aus mit Lebensmitteln zu versorgen, ganz ausgeschlossen.

4. Heilsche Versorgung der Gefangenen mit Wäsche und warmer Oberbekleidung.

5. Zeitfristige Förderung einer geistlichen Liebesgabenversorgung vom neutralen und bisher feindlichen Ausland aus.

Die Scheidung nach rechts und links.

Unter der Ueberschrift „Einigung oder Wätschmied“ schreibt die „Post. Jg.“:

Die Wäbung, daß zwischen der „Deutschen Demokratischen Partei“ und der „Deutschen Volkspartei“ eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden ist, begreift der „Vorwärts“ mit unfruchtlichen Bemerkungen, deren Zerders aus der Ueberschrift „Großliberale Wätschmiedpartei“ hervor geht. In dem Artikel wird behauptet, auch die schwerwichtigen Mitglieder der Nationalverbände habe man sorgfältig mitgenommen, damit auch da kein Parteilich an der Einigkeit fehle. „Der Liberalismus steht geschlossen da von Fuhrmann bis Sello v. Gerlach.“

Wir können nicht annehmen, daß der „Vorwärts“ so leicht unterrichtet ist, wie er sich stellt. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Deutschen Demokratischen Partei nur Mitglieder angehören können, die ihrem demokratischen und sozialen Programm in Wort und Tat zustimmen. Wie die Führer in einer Gruppe ist selbstverständlich kein Platz in dieser Partei. Ueberrascht ist der Zufall, daß gleichzeitig mit dem „Vorwärts“ auch der „Reichsbote“ sich mit der Deutschen Demokratischen Partei befaßt und behauptet, diese Richtung sei die wirklich verantwortliche für den revolutionären Umsturz. Große Teile der Nationalliberalen Partei würden den Zusammenstoß mit der Demokratie nicht mitmachen. Das konservativem Blatt erklärt weiter: Die Nationalliberalen dürfen die gute Sache nicht verlassen geben und deshalb muß auf einen Zusammenstoß der rechtsnationalen Kreise ohne Unterbrechung der heftigen Parteizugehörigkeit hingewirkt werden. Diese Darstellung des „Reichsbotes“ ist die beste Widerlegung des „Vorwärts“, daß es sich bei dem Zusammenstoß in der Deutschen Demokratischen Partei um einen Wätschmied handelt.

Wie nach rechts, so scheiden sich die Kräfte auch nach links. Eine Veranlassung von Vertretern der „Demokratischen Partei“ in Berlin hat sich nach einem Bericht der „Freiheit“ befaßt entschieden, den Umsturz an eine der sozialdemokratischen Parteien zu übergeben. Auch dieser Entschluß muß färdend wirken. Die Deutsche Demokratische Partei ist kein Sammelhaufen für hohe Mitarbeiter der Sozialdemokratie, sondern sie steht fest auf eigenen Füßen, wobei übrigens zu bemerken ist, daß ihre „Umarmung als „bürgerlich“ Partei nichts gemein hat mit dem Begriff der „Bourgeoisie“, vielmehr selbst behauptet, daß sie keine Klassenpartei im alten Sinne sein will, sondern offen abscheidenden Staatsbürgern ohne Unterschied des Standes, vor allem auch den Arbeitern, als Vertretung dienen will.“

Heute abend findet eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der „Deutschen Demokratischen Partei“ und der „Deutschen Volkspartei“ statt, in der, wie man annimmt, die noch ausstehende formelle Zustimmung der Deutschen Demokratischen Partei erfolgen wird. Im Anschluß daran sollen die Vereinbarungen veröffentlicht werden.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Ausgabe von Lebensmitteln: 75 Gramm Buchweizenmehl, 1/2 Pfd. Marmelade und 1 Pfund Speck.

Wäger- und Futtermittel-Verkauf: Am 5. Dezember bei Allert, Schöneberg, Bunde, Gieselerstraße, Fischer, Weihenstepf, Schöler, Lehmann, Unterkrämer und Zimmer, Unterkrämer.

Fleischverkauf auf der Freibank: Am 5. Dezember vorm. von 8-11 Uhr.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf: Am 5. Dezember 9-11 und 2-5 Uhr bei Hofmann, Brühl 6.

Ausscheidung.

Das Bedienstetens für Kriegsdienst wurde perfischen an Frau Pastor Riem für ihre erkrankte Tochter in der Jugendpflanzung.

Reins unbedingten Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse! Amlich wird folgender Bericht des Reichsanwaltes mitgeteilt: Das Reichsversicherungsamt beklagt sich darüber, daß die Fälle sich mehren, in denen Arbeiter- und Soldatenräte Eingriffe in die Sozialversicherungsverhältnisse vornehmen. An alle Arbeiter- und Soldatenräte ergeht daher die dringende Mahnung, unbedingten Eingriffen in das gesamte Versicherungswesen mit allen Mitteln vorzuzugern.

Keine Verbesserung der Zudenerverorgung.

Heber die Verorgung der Bevölkerung mit Zudenerverorgung. Die „Neue Sammler Zeitung“ an ständiger Stelle, daß eine weitestgehende Verbesserung nicht erwartet werden darf. Die durch Einstellung der Produktion von Sprengmitteln fast verlorene Menge bedingt nur ein Ausmaß der Gesamtproduktion. Die Fabriken sind im allgemeinen befeuert, aber die Transportorgane, die Kohlenverteilung und die Einführung des Maschinenwesens machen große Schwierigkeiten.

Die Ausgaben für Schutzeinrichtung sind, wie die Reichsliste mitteilt, noch nicht die besten. Die bisher für die Zivilbevölkerung verhängenen Leberungen ergaben ungefähr 20 Millionen Mark Verdrücktheit. Siernoch konnte ungefähr der dritte Teil der Bevölkerung im Jahre ein Paar Lederstiefel erhalten. Auch durch den Wegfall des Schutzeinrichtung wird die wertvolle Regierung der Schutzeinrichtung sich nicht so recht nützlich. Die bisher wegen der belandenen Lebermappeit überfordert waren. Schon unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte die Unterbringung Wäden erfordert; die Zeit wird sich bei den schwierigen Verberverhältnissen ebenfalls verlängern. Alles hängt davon ab, wann es möglich ist, den Fabriken die erforderlichen Rohstoffe einschließlich Kohlen zuzuführen. Vorausgesetzt, daß zu dem etwa reichlicher vorhandenen Rohstoffen auch die nötigen Mengen Zudenerverorgung beschafft werden können, werden diese Leberanfänge im Laufe von ungefähr 6 Monaten etwa eine Verdoppelung der der

